

## Deutschland.

□ **Berlin, 12. Juli.** Die Gegner des norddeutschen Bundes und der neuen politischen Gestaltung Deutschlands pflegen der ungebildeten Menge gegenüber die mit den neuen Ordnungen der Dinge verbundene Erhöhung der Militärlasten als Gegenbeweis gegen den Werth und Nutzen der politischen Errungenschaften des Jahres 1866 zu benutzen, um niedrige Besteuerung eines Volkes als das Ideal und die Hauptbedingung der Volkswohlfahrt hinzustellen. Demgemäß würden allerdings die deutschen Mittel- und Kleinstaaten durch die gewonnene Einheit, welche Steuererhöhung mit sich bringt, nicht gewonnen, sondern verloren haben. Zunächst ist aber gegen diese Argumente einzuwenden, daß nach anerkannter volkswirtschaftlicher Grundfäße für das Volk wie für den einzelnen Menschen nicht ein möglichst geringes Maß von Bedürfnissen und Leistungen, bezüglich Befriedigung der Lebensbedürfnisse als Maßstab des Wohlbefindens angenommen wird, sondern die Steigerung der Bedürfnisse im richtigen Verhältnis mit den Mitteln zur Befriedigung als Fortschritt in wirtschaftlicher wie in geistiger Beziehung, als Ziel und Wirkung der Cultur gilt. Das Minimum der Bedürfnisse haben die Wilden; mit der Cultur steigen Einnahmen und Ausgaben, Bedürfnisse und Leistungen oder Befriedigungsmittel. Wenn also jetzt zu Tage tritt, daß die Mittel- und Kleinstaaten bisher so bescheiden in ihren Steuerverhältnissen gewesen sind, so ist dies um so weniger noch zu verherrlichen, wie die Partikularisten dies thun, als doch notorisch (natürlich mit Ausnahme der Hansestädte) trotz des geringeren Militär-Aufwands die Wohlhabenheit nicht einmal in gleichem Verhältnis zugenommen hat als in Preußen bei höherem Militärbudget. Ferner kann der bisherige politische Zustand der deutschen Mittel- und Kleinstaaten auch insofern nicht als Norm oder Ideal für die Zukunft aufgestellt werden, weil ohne Erhöhung der Wehrbarkeit und militärischen Kraft früher oder später einmal nicht die bequemere oder un bequemere, sondern überhaupt die Fortdauer der Erteilung in Frage gekommen wäre. Bei Vergleichung der bisherigen kleinstaatlichen Zustände Deutschlands mit den künftigen ergibt sich als Resultat der Vergangenheit: Niedrige Steuern und Ausgaben, geringe Erwerbsfähigkeit und Wehrlosigkeit, auf der andern Seite, als Aussicht der Zukunft: Steigerung der Steuerpflicht, aber auch der Steuerfähigkeit, Eröffnung neuer reicher Hilfsquellen des materiellen und Kulturlebens und internationale Freiheit und Selbstständigkeit. Für die Mittel- und Kleinstaaten war nicht die Frage entstanden, ob sie dauernd und unverändert fortbestehen wollten, sondern ob sie sich selbstständig und selbstbestimmend zu neuem tätigerem Großstaatsleben aufrufen, oder in träger Ruhe willenlos dem Schicksal überlassen wollten? — Die „Wiener Presse“ entnimmt der „Gaz. de France“ die Nachricht, daß der preussische Gesandte in Wien, Baron v. Wertheim, über die Vorgänge und Stimmung gelegentlich der Krönungsfeier in Pesth per Telegramm berichtet habe und daß diese Darstellung vom Ministerpräsidenten allen preussischen Gesandtschaften mitgeteilt worden sei. Die „Gaz. de France“ hat schon selbst Zweifel über die Wahrheit dieser Nachricht ausgesprochen und es steht auch ein offizielles Dementi, wie ich höre, in Aussicht. — Nach Abberufung des preussischen Gesandten aus Mexiko wird verständlich zum Schutze der in Mexiko lebenden Preußen resp. Deutschen so weit als möglich Anordnung getroffen werden. — Im Laufe nächster Woche sollen nun die hannoverschen Vertrauensmänner zur Konferenz hierher eingeladen werden. Außer dem Minister des Innern wird auch der Regierungs-Präsident Frhr. v. Nordenflycht, welchem bekanntlich eine Wirkksamkeit in der Provinz Hannover zugesagt ist, und der bei den Vorarbeiten zur Organisation betheiligte gewesene Oberminister v. Wolff den Konferenzen beiwohnen. — Das schon früher wiederholt in Anregung gebrachte Projekt der Herstellung einer verbindenden Wasserstraße zwischen Rhein, Weser, Elbe, vielleicht auch der Ems und einem Nordseehafen ist neuerdings auch an maßgebender Stelle in nähere Erwägung gezogen worden, da die Welsenregulierung nicht mehr hinderlich sein kann.

**Berlin, 12. Juli.** Die Gattin des Prinzen Wilhelm von Baden, Prinzessin Marie, Tochter des Herzogs Maximilian von Baden, ist am 10. Juli d. J. von einem Prinzen glücklich entbunden worden. — Auf Einladung des Kaisers Alexander von Rußland wird sich dem Vernehmen nach noch im Laufe dieses Monats eine aus allen Waffengattungen der Armee gebildete Deputation von Generalen und Offizieren nach Petersburg begeben, um den dortigen militärischen Mandatären beizuwohnen. — Während am Schlusse des Jahres 1863 in der Armee nur 8 Generale mit der seltenen und höchsten Kriegsauszeichnung des Ordens pour le mérite decorirt waren, hat die Zahl der damit decorirten durch die Feldzüge von 1864 und 1866 bis auf 127 sich gesteigert. Darunter befinden sich: 1 General-Feldmarschall (Graf Wrangel), 1 General-Feldzeugmeister (Prinz Karl), 13 Generale, 14 General-Lieutenants, 26 General-Majore, 23 Obersten, 6 Oberst-Lieutenants, 11 Majore, 24 Hauptleute und Rittmeister und 8 Premier- und Sekonde-Lieutenants. — Aus Diez berichtet man der „Mittelh. Ztg.“ vom 8. d. M.: „Gestern früh, am Sonntage, wurden sämtliche Straßlinge des hiesigen Zuchthauses von ihren Ketten und Kugeln befreit; es ist dadurch die Reorganisation des hiesigen Zuchthauses, welche vom königlichen Staatsministerium angeordnet und mit der Herr Direktor Nabe aus Hamm beauftragt worden ist, in Angriff genommen. Dem Vernehmen nach soll Herr Direktor Nabe vor dem Abnehmen der Ketten und Kugeln eine geeignete Ansprache an sämtliche Züchtlinge gehalten haben; sodann begaben sich dieselben sämmtlich, einerlei welcher Konfession angehörig, auf des Herrn Direktors Veranlassung in die Kirche, allwo nach Absingung

des Chorals: „Nun danket alle Gott“ etc. ein Züchtling, welcher zu diesem Choral die Orgel spielte, zum Schlusse der Andacht das „Vater unser“ laut vorbetete. — Hierauf schloß Herr Direktor Nabe den Akt mit den Worten: „Gott segne unsern geliebten König und seine Regierung!“ Ein Züchtling soll ums Wort gebeten haben, um den Dank für diese humane Behandlung auszusprechen; dies konnte demselben, da es gegen die Hausordnung ist, nicht gestattet werden. Fast sämtliche Züchtlinge waren von diesem humanen und religiösen Akt so ergriffen, daß sie schluchzend und mit thranenden Augen die Kirche verließen.“

— Die Direktion der Berlin-Potsdamer Bahn hat jetzt eine Belohnung von 500 Thlr. auf die Ermittlung des Diebes gesetzt, der am Sonntag Vormittag die 5000 Thaler aus dem Eisenbahn-Wagen gestohlen hat. Die Summe bestand meist aus Papiergeld.

— Wie die „Köthener Ztg.“ vernimmt, wird in diesen Tagen die Ratifikation der zwischen Preußen und Dessau abgeschlossenen Militär-Konvention erfolgen. Die Konvention tritt mit dem 1. Oktober d. J. in Kraft. Gemäß derselben bleibt auch künftighin das herzoglich anhaltische Regiment in Anhalt in Garnison und ist eine anderweite Dislokation desselben nur für die Fälle, wo dies aus allgemeinen politischen oder kriegerischen Gründen erforderlich wird, seitens des Bundesfeldherrn vorbehalten. Das herzogliche Regiment, fortan zum IV. königlich preussischen Armeekorps gehörend, erhält vom gedachten Zeitraume an die preussische Uniform: blaue Waffenröcke mit ponceaufarbenen Aufschlägen, Kragen und Klappen, gelben Knöpfen und den mit gelbem Metall beschlagenen Helm. Die Achselklappen werden jedoch mit dem Namenszuge Sr. Hoheit des Herzogs (L. F.) versehen. Das erste und zweite Bataillon erhalten weißes Lederzeug. Das erste Bataillon verbleibt auch ferner in hiesiger Residenzstadt, das zweite in Bernburg in Garnison. Das dritte Bataillon behält für jetzt noch die Stadt Zerbst als Garnisonsort, nach zwei Jahren aber wird dasselbe bleibend in Kosowitz garnisoniren und Zerbst dann ein ganzes Regiment königlich preussischer Kavallerie zur Besatzung erhalten, da sich sowohl die Stadt wie die Umgegend hierzu ganz besonders eignen. Die Formirung des Landwehr-Bataillons Anhalt wird erst nach Verlauf von sechs Jahren bewerkstelligt und soll dann vorwiegend aus der Stadt und Stamm nach Köthen kommen, woselbst auch dann die alljährlichen Kontroll-Versammlungen u. s. w. stattfinden.

— Nach den neueren Bestimmungen beträgt für den Telegraphen-Verkehr mit dem Vereins-Auslande, wenn außer den preussischen nicht auch die Linien anderer Vereinsstaaten berührt werden, die preussische Gebühr ohne Rücksicht auf die Entfernung, 20 Sgr. im einfachen Satz, unbeschadet jedoch derjenigen Tarif-Ermäßigungen, welche im Wege besonderer Verständigung mit fremden Regierungen im Verkehre mit den betreffenden Staaten eingetretten sind oder noch eintreten. In wie weit im Verkehre zwischen den preussischen Stationen und den Stationen solcher nicht zum Vereine gehöriger kleinerer Systeme, deren Linien mit den preussischen Linien im Zusammenhange stehen, die preussische Gebühr nach den für den internen Verkehre bestehenden Sätzen, weiter im Verkehre zwischen den preussischen Stationen und den Stationen solcher nicht zum Vereine gehöriger kleinerer Systeme, deren Linien mit denen anderer Vereinsstaaten im Zusammenhange stehen, die Vereinsgebühr nach den für den inneren Vereinsverkehre angenommenen Sätzen, unter Zugrundelegung der Entfernung bis zu und von der betreffenden Uebergangsstation, zu erheben sind, wird, wie die „K. Ztg.“ angiebt, für die verschiedenen Systeme besonders bestimmt. Der bei Zurückforderung von Depeschen vor geschickener Abtelegraphirung zu machende Abzug der zu erhaltenden Gebühren beträgt bei Depeschen nach preussischen Stationen nur 2½ Sgr.

**Sagan, 9. Juli.** Wie das „Saganer Wochenblatt“ mittheilt, ist Er. Durchlaucht dem Herzoge von Sagan bei Gelegenheit der Preisvertheilung auf der Pariser Ausstellung folgendes huldvolle Kabinetschreiben Sr. Majestät des Königs durch Se. K. H. den Kronprinzen überreicht worden: „Hochgeborener Fürst! Da es schon längere Zeit Meine Absicht gewesen ist, Euer Lieben in Anerkennung der Verdienste, welche Sie sich insbesondere um das Herzogthum Sagan erworben haben, eine Auszeichnung zu Theil werden zu lassen, so ergreife Ich gern die Gelegenheit, Ihnen aus Anlaß der gegenwärtigen Preisvertheilung bei der Pariser Universal-Ausstellung in Betracht der großen Bemühungen, denen Sie sich im Interesse der preussischen Aussteller hierbei unterzogen haben, den königlichen Kronen-Orden erster Klasse, mit dem Emaillirte des Rothen Adler-Ordens zu verleihen, und lasse Ihnen die Insignien desselben anbei zugehen. Ich verbleibe mit besonderer Werthschätzung Euer Lieben wohlgenegter Wilhelm.“ Den 29. Juni 1867.

Aus **Halberstadt, 10. Juli,** berichtet die „Magd. Ztg.“: In der Militärgemeinde sind weitere zwei, in der civilen vier oder fünf Todesfälle an der Trichinose vorgekommen. In der größten Gemeinde der Stadt, dem Heerde der Krankheit, sind bis heute Abend allein zusammen 18 Personen dem Leiden erlegen. — Aus Mainz berichtet das „Frankf. Journ.“ zwei Erkrankungen an der Trichinose.

**Elberfeld, 11. Juli.** (N. Allg. Ztg.) In Betreff des Ablebens des Freiherrn von der Heydt in Elberfeld, geht aus folgender Korrespondenz zu: Wir haben am 9. d. M. im Bade Dönhäuser durch den Helmgang des Freiherrn August von der Heydt, Sohn Sr. Excellenz des Herrn Finanzministers von der Heydt, einen großen Verlust erlitten. Der Verstorbene stand in der Blüthe der Jahre. Keine Erfahrungen im geschäftlichen Leben erworben, als einer der Chefs des mehr als ein Jahrtausend bestehenden hochachteten Bankhauses von der Heydt-Kersten und Sohn, vielfältige

Thätigkeit auf kirchlichem und politischem Gebiete hatten sich den ungewöhnlichen persönlichen Begabungen glücklich zur Seite gestellt um aus dem, zunächst auf die eigenen und nächstliegenden kirchlichen und kommunalen Ziele gerichteten Manne demnächst eine dem größeren staatlichen Wirken Nutzen bringende Kraft zu schaffen. Er vertrat die konservativen Interessen mit großer Gewandtheit und unablässigem Eifer; seine Reden überzeugten nicht nur durch Gediegenheit der Beweisführung, sondern auch durch hinreißendem Schwung, und Mancher von uns sah ihn schon dereinst im Geiste in den Reihen der Volksvertreter die patriotische Seite mit dem Erfolge verteidigen, den Talent und glühende Liebe für König und Vaterland verleihen. Es war aber anders beschlossen! Der Tod hat den aufstrebenden Baum gefällt und die Hoffnungen einer großen Zahl von gestunungsverwandten Männern geknickt. In Bezug auf das innere Leben des Heimgegangenen lassen Sie mich über ihn die einfachen, sehr passenden Worte anführen, welche das hiesige von dem Heimgegangenen mitbegründete Blatt: die „Westliche Provinzial-Zeitung“ am Schlusse des ihn betreffenden Artikels ausspricht: „Ernstes Gottesglauben lebte in seinem Herzen, die Fröblichkeit wo es nötig war, den Namen Jesu mit den Lippen bekannte.“

**Offen, 10. Juli.** Nachdem Ihre königl. Hoh. der Prinz und die Prinzessin Karl mit Gefolge, von Wesel kommend, am vorigen Sonntag früh auf dem Krupp'schen Etablissement eingetroffen waren, benutzten dieselben zunächst mehrere Stunden zu einer Besichtigung der Fabrik, woran sich am Abend ein Besuch der Villa des Herrn Krupp bei Bredebeck anschloß. Herr Krupp, aus Gesundheitsrücksichten zur Zeit im Auslande weilend, war verbindert, die hohen Herrschaften persönlich zu empfangen. Am Montag wurde die Besichtigung des Werkes fortgesetzt, auch wohnte der General-Feldzeugmeister nebst seinen Adjutanten einem Probeschießen mit Geschützen verschiedener Kalibers bei. Nachmittags fand eine Fahrt nach Werden zur Besichtigung der Abtheilung statt. Am Dienstag widmeten S. K. H. noch einzelnen Theilen der Fabrik ihre spezielle Aufmerksamkeit und setzten dann Nachmittags die Reise mit der rheinischen Bahn nach Bühl fort.

**Hannover, 11. Juli.** Die unter dem Vorsitz des Obersten von Stolzenberg tagende Kommission, welche die Entschädigungsansprüche von Militärpersonen wegen aus den Kasernen im Sommer vorigen Jahres abhanden gekommenen Privateigentums prüft, hat vor einigen Tagen ihre Beratungen beendet. Nach dem „Kourier“ sind Entschädigungsansprüche bis zur Summe von etwa 9000 Thalern als gerechtfertigt anerkannt. Ueber den Modus der Auszahlung dieser Entschädigungsgelder ist noch weitere Bestimmung zu treffen.

**Em, 10. Juli.** Ueber den Aufenthalt Sr. Maj. des Königs wird der „E. Ztg.“ ferner Folgendes berichtet: Der König, welcher die ersten Tage „Krähchen“ trank, trinkt seit einigen Tagen „Kesselbrunnen“ und dann zwei Glas Krähchen, Mittags zwei Glas Krähchen. Zur heutigen Mittagstafel sind telegraphisch der evangelische Bischof Wilhelmi aus Wiesbaden und der katholische Bischof Blum (Bischof von Limburg) befohlen worden. An der Tafel nahmen ebenfalls Theil der zum Gebrauch der Kur eingetrossene und im Englischen Hof abgestiegene Prinz zu Solms-Braunfels, Regierungspräsident v. Dieß und Landrath v. Madai. Der Lahn-Sängerbund wird am Sonntag, 21. Juli, dem Könige eine Serenade bringen.

## Ausland.

**Wien, 9. Juli.** Berliner Blätter betonen wiederholt, daß Oesterreich in der norddeutschen Frage mit Preußen Hand in Hand gehe, oder zum wenigsten mit der vom Grafen Bismarck in dieser Angelegenheit beobachteten Haltung einverstanden sei. Wie wir hören, sagt die „Neue Freie Presse“, sind allerdings in jüngster Zeit sowohl von Seiten des Kopenhagener, als des Berliner Kabinetts hier in vertraulicher Weise Anfragen über die Stellung unserer Regierung zu dieser Angelegenheit gemacht worden. Die hiesige Antwort soll, wie es heißt, dahin lauten, daß Oesterreich vorderhand keinen Anlaß habe, sich in die zwischen der preussischen und dänischen Regierung schwebenden Erörterungen einzumischen und der Erledigung der Frage durch eine unmittelbare Verständigung der beiden zunächst betheiligten Mächte vorzugreifen. Es gedenke aber allerdings auf kein Recht zu verzichten, welches der Prager Frieden ihm zugesprochen. Es erachte sich demnach für eventuell berechtigt und verpflichtet, die einschlagenden Bestimmungen des genannten Friedensvertrages zur vollen Geltung bringen zu helfen und selbstständig zu entscheiden, inwiefern eine etwa vereinbarte anderweitige Lösung seinen Interessen zusage oder nicht.

**Wien, 10. Juli.** Der „L. Z.“ entnehmen wir Folgendes: Die belgische Königin Marie, welche vorgestern hier angekommen und auf dem Bahnhof von Sr. Maj. dem Kaiser empfangen worden war, ging gestern weiter nach Miramar, um die Kaiserin Charlotte wenn möglich nach ihrem Vaterlande zurückzuführen. Die Reise soll in Begleitung des Dr. Niede, welcher wiederholt als Konsultationsarzt in Miramar gewirkt, vor sich gehen. Das Gutachten des Dr. Niede lautet aber dahin, daß die Kaiserin viel zu krank sei, um jetzt eine so weite Reise zurückzulegen. Die Kaiserin ist nämlich zur Zeit kränker als je zuvor. Ihre Wahnvorstellungen haben sich gesteigert; sie zerreißt unermüdlich ihre Kleider. Die Kunde vom dem Tode ihres Gemahls hat man ihr nicht mitgeteilt; die Kaiserin hielt den Kaiser schon für todt, als er noch lebte.

**Wien, 10. Juli.** Nach einigen Tagen parlamentarischer Dürre hat der Reichsrath heute wieder eine Sitzung gehalten, welche allerdings für unser inneres Staatsleben von großer Bedeutung werden kann. Zuerst beantwortete der Justizminister Herr v. Hye eine Interpellation über die materielle Lage unseres Reich-

